

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Gefängnis für Pfarrer

(spk) Ein süd-koreanisches Strafgericht hat am Montag drei Pfarrer wegen eines Verstoßes gegen das nationale Sicherheitsgesetz zu einjähriger Haft verurteilt. Lee Hae Hak, Cho Song Woo und Cho Young Sul hatten im November 1990 an einer Konferenz mit Auslands- und Nord-Koreanern in Berlin teilgenommen und waren nach ihrer Rückkehr verhaftet worden.

### Monarchisten verhaftet

Etwas 150 Mitglieder der «Restauration Nationale» sind in Paris verhaftet und 20 Beamte verletzt worden. Etwas 300 Monarchisten hatten sich nach einer verbotenen Kundgebung am Denkmal der Jeanne d'Arc am Sonntag eine Schlacht mit der Polizei geliefert. Anschliessend zogen die Monarchisten mit dem Ruf «Nieder mit der Republik» zum Pantheon. Am Abend beendete die Polizei die Besetzung.

### ETA-Sprengstofflager

Ein Sprengstofflager der baskischen ETA ist in der Nähe Bilbao ausgehoben worden. Wie die Polizei am Montag mitteilte, entdeckten Bergsteiger das Lager, wo ausser 150 Kilogramm Sprengstoff Munition, verschiedene Zünder, elektronische Geräte und Handgranaten lagerten. Weiter fand sich im Versteck Werkzeug für Autoaufbrüche und Magneten, mit denen Sprengladungen unter Autos angebracht werden.

## Einzelkunden über die A- und B-Post noch zu wenig informiert

Hundert Tage nach der Einführung der Leistungstarifizierung zog die Kreispostdirektion St. Gallen gestern eine kleine Bilanz

(mö) – Die A- und B-Post hat sich bewährt und den PTT in mehrfacher Hinsicht Vorteile verschafft. Allerdings ist es bis heute noch nicht ganz gelungen, insbesondere die Einzelkunden von den Neuerungen des Zweiklassensystems bei der Zustellung adressierter Briefpost zu überzeugen. Diesen Schluss zog gestern nachmittag – hundert Tage nach der Einführung dieses Leistungssystems – der Direktor der Kreispostdirektion St. Gallen, Walter Schmuckli, an einer kurzen Pressekonzferenz in Vaduz. Amtsleiter Hans Strub konnte gleichzeitig die erfreuliche Mitteilung machen, dass im Postamt Vaduz ab 2. Juni 1991 die Schalter während der Woche durchgehend von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein werden.

In den hundert Tagen seit der Einführung der sogenannten A- und B-Post sind die Diskussionen über diese neue Tarifstruktur der PTT nicht verstummt. Diverse Meinungsumfragen in der Bevölkerung zeichnen ein vorwiegend negatives Bild. Ausserdem haben sich in der Schweiz 105 Nationalräte für eine Abschaffung der A- und B-Post ausgesprochen, weil sich nach ihrer Auffassung die Dienstleistungen der PTT verschlechtert hätten und das neue System auch einer versteckten Tarifierhöhung gleichkomme.

Sollte dieser Initiative ein Erfolg beschieden sein, so wären die PTT – so Walter Schmuckli gestern auf Anfrage – zwar zu Änderungen gezwungen, doch würden sie sicherlich versuchen, den Leistungstarif zu behalten.



Nach hundert Tagen A- und B-Post zog gestern der Direktor der Kreispostdirektion St. Gallen, Walter Schmuckli, in Vaduz eine kurze Bilanz. Links der Vaduzer Postamtsleiter Hans Strub, der mitteilen konnte, dass ab 2. Juni die Schalter im Postamt Vaduz während der Woche durchgehend von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein werden. (Bild: Beat Schurte)

### «Kuh mit den grössten Hörnern»

Mit ihrem neuen Tarifsystem seien die PTT derzeit zur «Kuh mit den grössten Hörnern» geworden, hinter der alle herren, bemerkte gestern der Direktor der Kreispostdirektion St. Gallen. Auffallend sei dabei, dass die Reklamationen über die A- und B-Post praktisch zu hundert Prozent von den Einzelkunden und aus dem Kleinergewerbe stammten, die offenbar noch besser informiert werden müssten. Grosskunden, wie z. B. die

Banken, hätten demgegenüber schlagartig gehandelt und sich die Vorteile des neuen Zweiklassensystems zunutze gemacht. Die PTT würden zwar auch heute noch Fehler machen, gestand Walter Schmuckli offen ein, doch dürfe man diese nun nicht einfach der A- und B-Post anlasten. Die Antwort der Post auf den gegenwärtigen Aufruhr werde daher darin liegen, der Qualität die vollste Aufmerksamkeit zu schenken und im Leistungsangebot noch besser als früher zu

werden. Wichtig dabei sei, die Kunden so zu motivieren, dass sie dieses Angebot auch umfassend kennenlernen würden.

### Verschiedene Ziele verfolgt

Mit der Einführung der A- und B-Post haben die PTT laut Walter Schmuckli verschiedene Ziele verfolgt: Mehrerträge, die er gesamtschweizerisch mit 260 bis 290 Mio. Franken bezifferte; bessere Arbeitsbedingungen durch den Abbau des Nachtdienstes; eine optimalere Auslastung der teuren Anlagen und schliesslich den Stressabbau bei den Postboten. Durch den Umstand, dass seit der Einführung des neuen Systems der Anteil der eiligen Post von 75 auf rund 20 Prozent gesunken ist, habe insbesondere der «Morgenstress» der Boten stark abgebaut und vor allem auch der Dienst am Samstag weit weniger streng gestaltet werden können. Die Postboten würden die Änderungen jedenfalls sehr schätzen, bemerkte der Kreispostdirektor, der im übrigen einen Grund für die derzeitigen Reklamationen auch darin sah, dass die Kunden diverse Einzelheiten des Leistungsangebots bereits wieder vergessen hätten (z. B. dass für die B-Post der Samstag nicht als Werktag gilt). Vergessen worden sei auch, dass es im Ausland ebenfalls eine Zweiteilung gebe und offenbar auch falsche Vorstellungen über die Dauer einer Postsendung bestünden. Im Postverkehr mit Deutschland müssten derzeit häufige Verspätungen bei der eiligen und nichteiligen Briefpost deshalb in Kauf genommen werden, weil die Deutsche Bundespost aufgrund der Wiedervereinigung mit schweren Überlastungen konfrontiert sei.

### Post Vaduz durchgehend offen

Walter Schmuckli und Postamtsleiter Hans Strub machten gestern noch auf eine spezifisch liechtensteinische Thematik aufmerksam: Für jede Todesanzeige, die am Samstag verschickt wird, wird neu eine Gebühr von 80 Rappen eingehoben. Wer also sämtliche Haushalte im Land bedienen will, muss mit Kosten von rund 8800 Franken – also über drei Mal mehr als bisher – rechnen. Ihr Ratschlag lautete deshalb dahingehend, die Todesanzeigen in den Samstag-Ausgaben beider Landeszeitungen zu veröffentlichen, womit praktisch auch sämtliche Haushalte informiert seien.

Hans Strub konnte schliesslich die erfreuliche Mitteilung machen, dass beim Postamt in Vaduz die Schalter ab dem 2. Juni 1991 durchgehend von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein werden, um das Dienstleistungsangebot noch attraktiver zu gestalten. Am Samstag sind in Vaduz die Schalter wie bis anhin von 8.00 bis 11.00 Uhr zugänglich.

## Mehr Arbeitslose in der Ostschweiz

St. Gallen (spk) Erstmals seit Februar 1986 stieg die Zahl der Ganzarbeitslosen im vergangenen April in den sechs Ostschweizer Kantonen wieder auf über 2000 an. Dabei fiel die Entwicklung allerdings uneinheitlich aus. Einem starken Anstieg in St. Gallen, Thurgau und Aargau stehen stabile Verhältnisse in Inner- und Glarus und ein Rückgang in Graubünden gegenüber.

Insgesamt waren Ende April in der Ostschweiz 2020 Ganzarbeitslose gemeldet. Dies sind 179 mehr als einen Monat zuvor und mehr als doppelt so viele wie im Vergleichsmonat des Vorjahres. Seit August 1990 wurde nun ein steter Anstieg der Arbeitslosenzahl registriert.

Vor allem beteiligt an der immer negativeren Ostschweizer Bilanz ist der Kanton St. Gallen, wo die Zahl der Ganzarbeitslosen zum zehntenmal in Serie zunahm. Diesmal war der Anstieg mit einem Plus von 164 auf 1179 Arbeitslose besonders markant.

## Bedürfnis für ein Frauenhaus auch in Liechtenstein gegeben

Mit der Zustimmung des Landtages unterstützt das Land ein Projekt des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder

(mö) – Dem Pilotprojekt «Frauenhaus Liechtenstein» steht nichts mehr im Wege: Mit der einhelligen Zustimmung des Landtages wird das Land dem vor Jahresfrist gegründeten Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder mit Sitz in Schaan für die Dauer von drei Jahren einen jährlichen Beitrag in Höhe von 250 000 Franken für den Betrieb des Frauenhauses ausrichten. Das Projekt wird vom Fürsorgeamt begleitet und laufend bewertet, so dass nach Ablauf der drei Jahre definitiv über eine Weiterführung und Zusage zur finanziellen Unterstützung auf unbestimmte Zeit entschieden werden kann. Das Frauenhaus in Schaan nimmt seinen Betrieb in diesem Jahr auf.

In ihrem Bericht an den Landtag hielt die Regierung fest, dass auch im modernen Liechtenstein mit seinem dichten Netz an sozialer Sicherung und sozialen Hilfen Frauen und Kinder in Einzelfällen immer wieder in grosse Bedrängnis geraten und unter ihren Lebensumständen leiden würden. Aufgrund der täglichen Erfahrungen der Landespolizei, des Fürsorgeamtes und der Informations- und Kontaktstelle für Frauen könne davon

ausgegangen werden, dass ein Bedürfnis zur Errichtung eines Frauenhauses bestehe. In den verschiedenen Organisationen seien zahlreiche Fälle aktenkundig, die dort aufgenommen werden könnten.

### Fast immer Alkohol im Spiel

Auch der FDP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch unterstrich im letzten Landtag, dass aufgrund seiner Praxiserfahrung und entsprechender Informationen des Ärztevereins die Notwendigkeit zur Errichtung eines Frauenhauses leider gegeben sei. Die Erfahrungen hätten auch gezeigt, dass Misshandlungen von Frauen und Kindern praktisch immer im Zusammenhang mit Alkohol vorkommen und eine signifikante zeitliche Häufigkeit während der Nacht und an den Wochenenden zeigen würden. Bezüglich der Dienststellenbeschreibung drückte Dr. Dieter Walch daher die Hoffnung aus, dass die dienst-

habende Aufnahmefrau nicht nur den guten Willen zum Helfen, sondern auch eine spezifische Fachausbildung habe, um dieser schwierigen und belastenden Situation im Interesse der betroffenen Frauen und Kinder gerecht werden zu können.

Auf eine gezielte Weiterbildung des Fachpersonals müsse besonders geachtet werden, damit Wissen und Hilfestellung vor – für ihn gut hörbarer – Ideologie komme. Wichtiger als jede ideelle und materielle Hilfe sei aber die Verhinderung einer Misshandlung. Hier müssten, so der FDP-Abgeordnete, in Zukunft vor allem die Bemühungen ansetzen.

### Frauenhaus als Insellösung?

VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser nannte zwei Gründe für die «bedenkliche Entwicklung»: den von Dr. Dieter

Walch ebenfalls erwähnten Alkoholmissbrauch und die teilweise Unfähigkeit unserer Gesellschaft, Meinungsunterschiede auf friedliche Art zu lösen. Dem Abgeordneten, der sich wie alle übrigen Redner für das Projekt und die Kreditgewährung aussprach, bereitete hingegen die Annahme etwas Sorge, dass mit dem Frauenhaus eine Insellösung als vollumfängliches therapeutisches Beratungszentrum aufgebaut werden könnte. Seiner Ansicht nach müsste das Haus vor allem eine zuverlässige Oberaufsicht haben, damit die in Not geratenen Frauen und Kinder ein gesichertes Zuhause als vorübergehende Zwischenstation hätten. Walser fragte sich auch, ob der Leistungs- und Beratungsauftrag mit zwei vollamtlichen Sozialarbeiterinnen bei einer durchschnittlichen Belegung von zwei bis vier

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Europäischer Wirtschaftsraum steht auf der Kippe

Vorentscheidende Verhandlungen von EG und EFTA in Brüssel – Finanzfragen, Gerichtsbarkeit, Fischerei

Brüssel (AP) Zu einer vermutlich vorentscheidenden Sitzung über die Zukunft des geplanten Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sind am Montag nachmittag in Brüssel die Aussenminister von EG und Europäischer Freihandelszone (EFTA) zusammengekommen. Auf der Tagesordnung stand die Suche nach politischen Ansätzen für die Lösung einer Reihe von Streitpunkten, die dem Ziel offener Grenzen für Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen vom 1. Januar 1993 an noch im Wege stehen. Die Schweizer Delegation wird von den Bundesräten Jean-Pascal Delamuraz und Rene Felber geleitet. Unser Land wird durch Regierungschef Hans Brunhart und Botschafter Prinz Nikolaus vertreten.

Zu den strittigen Punkten zählen vor allem die Frage der Mitwirkung der EFTA im künftigen Gesetzgebungsprozess des EWR, die finanzielle Beteiligung der EFTA an den Strukturfonds der Gemein-

schaft, die Schaffung einer gemeinsamen Gerichtsbarkeit im EWR sowie schwierige Probleme in Fischerei und Landwirtschaft. Im Vorfeld des Treffens war von Diplomaten zu hören, dass die EG den EWR keinesfalls scheitern lassen wolle. Gleichwohl war von der Konferenz eine Vorentscheidung darüber erwartet worden, ob es zu einem echten gemeinsamen Binnenmarkt mit 400 Millionen Einwohnern zwischen Nordkap und Sizilien kommen wird, oder aber durch Ausklammern der schwierigsten Probleme ein sogenannter «EWR light» entsteht, dem so viel Substanz fehlen würde, dass viele ganz auf ihn verzichten könnten.

In der Frage der Gerichtsbarkeit zeichnete sich noch vor Beginn des Aussenministertreffens am Montag mittig innerhalb der EG Bewegung ab. In einer internen Vorbesprechung setzte sich ein Teil der Gemeinschaftsländer für einen unabhängigen gemeinsamen Gerichtshof ein,

dem vier Richter aus der EG und drei aus der EFTA angehören sollen. Dies käme der EFTA entgegen, der bislang lediglich die Bildung einer EWR-Kammer im Rahmen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Luxemburg zugestanden werden sollte. Wie jedoch dieses unabhängige EWR-Gericht im Verhältnis zum EuGH arbeiten soll und ob die für die EFTA günstige Zusammensetzung von den anderen EG-Mitgliedstaaten akzeptiert werden wird, ist noch unklar.

Beim schwierigen Problem der Fischereipolitik stehen sich vor allem die Interessen der EG-Länder Spanien und Portugal sowie der EFTA-Mitglieder Norwegen und Island gegenüber. In einem gemeinsamen Markt verlangen Spanien und Portugal die Fangerlaubnis für das Nordmeer. Dies wollen Norwegen und Island bislang aber nicht zugestehen. Als Kompensation verlangen in der Folge Spanien und Portugal mehr Regionalhilfe aus den Kassen der EFTA-Staaten.

Für

**Nintendo**

32 Spiele Fr. 320.–

**IMEX**

Foto · Video · TV · Hi-Fi  
Computer

Landstrasse 454 · Telefon 075 / 2 74 88  
FL-9495 Triesen  
Profitieren Sie... noch heute